

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/48

Bonn, den 9. März 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 4	"Ein Morgenthau-Plan im Quadrat" ?	170

Zur Diskussion um den Atomsperrvertrag

Von Gerhard Flämig, MdB

* Der Verfasser dieses Artikels ist Mitglied des *
* vierköpfigen Arbeitsausschusses "Atomsperrver- *
* trag" der SPD-Bundestagsfraktion. *

5	Studium für alle	42
---	------------------	----

Studienförderung in der Schweiz

6	Spaniens Opposition - ein "verlorener Haufen"?	40
---	--	----

Viel guter Wille - aber große Zersplitterung

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

+ + +

"Ein Morgenthau-Plan im Quadrat"?

Zur Diskussion um den Atomsperrvertrag

Von Gerhard Flämig, MdB

- * Der Verfasser dieses Artikels ist Mitglied des vierköpfigen *
- * Arbeitsausschusses "Atomsperrvertrag" der SED-Bundestags-
- * fraktion. *

In den letzten Wochen habe ich mit zahlreichen in- und ausländischen Wissenschaftlern, Politikern und Diplomaten, darunter auch dem britischen Abrüstungsbeauftragten Sir Solly Zuckerman und seinem deutschen Kollegen Botschafter Schnippenkötter, gesprochen. Mir wurde übereinstimmend versichert, daß bis zur Stunde noch kein allgemein verbindlicher Vertragsentwurf vorliegt. Was in der Presse veröffentlicht wurde, waren: teils Ergebnisse amerikanisch-sowjetischer Vorbesprechungen, teils amerikanische Formulierungen, über die noch verhandelt werden muß, wie es jetzt gerade in Bonn geschieht.

Meiner Meinung nach könnten die Artikel I und II des Vertragsentwurfes von deutscher Seite aus angenommen werden. Sie haben den Zweck, zu verhindern, daß über die derzeitigen atomwaffenbesitzenden Staaten USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich und China hinaus Atomwaffen oder andere Atomsprenghmittel weiterverbreitet werden und damit unter Umständen in die Hände von Abenteurern gelangen, die sie leichtfertig einsetzen und damit einen Weltbrand entfesseln könnten.

Umstritten ist allein die Frage, welche Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden sollen, um zu gewährleisten, daß alle Vertragsunterzeichner sich tatsächlich auch daran halten. Es geht um die Frage einer wirksamen Kontrolle, die sich auf die Verwendung des spaltbaren Materials beschränken und nicht die Möglichkeit schaffen sollte, zivile Atomkräfte bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu behindern, ihre Forschung einzuschränken oder gar etwa Industriespionage zu treiben.

Das lautstarke Geschrei, das sich in der Bundesrepublik erhoben hatte, dürfte der Sache mehr schaden als nützen. Dadurch ist der falsche Eindruck entstanden, als wolle die Bundesrepublik mehr oder minder heimlich Atomwaffen herstellen und deshalb den Atomsperrvertrag nicht unterzeichnen. Die Folge ist eine Verleumdungskampagne, mit der unsere Bundesregierung jetzt fertig werden muß, obwohl sie doch von vornherein eine klare Haltung einnahm: Die Bundesrepublik steht zu der Verpflichtung, die sie 1954 eingegangen ist. Sie hat freiwillig darauf verzichtet, Atomwaffen herzustellen oder einzusetzen.

Friedliche Nutzung der Kernenergie

Die Bundesrepublik konnte in den letzten Jahren große Fortschritte auf dem Gebiet der f r i e d l i c h e n Nutzung der Kernenergie erzielen. Das gilt insbesondere für die Entwicklung von Kernkraft-

werken. Ein Versuchskraftwerk steht ja gegenüber von Seligenstadt am Main, in der Gemarkung Kahl. Ein zweites ist nebenan auf der Gemarkung Großwelzheim in Bau.

Seit 1964 ist es möglich, elektrischen Strom in Kernkraftwerken von 600 Megawatt und mehr zum gleichen Preis herzustellen wie in konventionellen Kraftwerken. In den USA, die über ausreichende natürliche Energiequellen wie Kohle, Öl und Erdgas verfügen, hat man längst errechnet, daß es in einigen Jahren kein Problem mehr sein wird, elektrischen Strom sogar wesentlich preiswerter mit Hilfe der Kernenergie herzustellen als mit herkömmlicher Energie. Deshalb sind in den USA heute schon Kernkraftwerke in Betrieb, im Bau oder in der Planung, deren Kapazität bereits die Hälfte der gesamten in der Bundesrepublik erzeugten elektrischen Energie erreicht. Von den 260 Reaktoren, die bis jetzt auf der Erde existieren, sind 200 Versuchsanlagen und bereits 60 Leistungsreaktoren. Die Zahl wird rasch zunehmen, zumal man mit Kernreaktoren auch viel billiger als mit herkömmlicher Energie Meerwasser in Süßwasser verwandeln kann, was besonders für die Entwicklungsländer ohne eigene natürliche Energiequellen von unschätzbbarer Bedeutung ist.

In der Bundesrepublik hat man zunächst in den USA entwickelte Leichtwasserreaktoren gebaut. Die deutsche Industrie konnte den großen Rückstand weitgehend aufholen, in den sie in der Nachkriegszeit gekommen war. Sie hat darüber hinaus mit Bundesmitteln und mit Unterstützung der Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM eigene Reaktoren entwickelt und ist heute in der Lage, auf dem Weltmarkt preisgünstige Kernreaktoren eigener Konstruktion anzubieten. Schwierigkeiten ergeben sich jedoch aus der Tatsache, daß mit den Reaktoren zugleich auch Kernbrennstoff angeboten werden muß, wobei die Empfängerländer Garantien verlangen, daß ausreichender Nachschub sichergestellt ist.

Als Brennstoff dient ein Erz, das in der Natur vorkommt und Uran heißt. Leider gibt es davon in der Bundesrepublik nicht allzu viel. Eine Lagerstätte, die sich zum Abbau lohnen würde, hat man in Menzenschwand im Schwarzwald entdeckt. Aber die örtlichen Behörden weigern sich, den Abbau zuzulassen.

In diesem Uranerz, das die Fachleute Uran 238 nennen, ist in ganz geringen Mengen ein sogenanntes Uran-Isotop enthalten, eine Abart des natürlichen Urans. Die Chemiker nennen es Uran 235 und sie haben errechnet, daß das Uran 235 zu 0,7 Prozent im natürlichen Uran 238 enthalten ist. Auf dieses "U 235" kommt es an. Es gibt, indem es strahlt, die Neutronen her, die eine Kettenreaktion auslösen können, sei es spontan, in der Atombombe, sei es gesteuert und gebremst im Atomreaktor. Um in den zur Zeit zumeist in Betrieb befindlichen Reaktoren verwendbar zu sein, muß das Uran mit Hilfe sogenannter Isotopen-Trennanlagen "angereichert" werden, bis es statt 0,7 Prozent etwa 2 bis 3 Prozent Uran 235 enthält. Isotopen-Trennanlagen sind sehr groß und teuer. Die USA haben eine solche Anlage, auch England, die UdSSR, Frankreich und China. Die

Bundesrepublik konnte sich eine Isotopen-Trennanlage nicht leisten. Sie kauft angereichertes Uran in den USA.

Für immer vom Ausland abhängig ?

Auf die oft gestellte Frage, ob die Bundesrepublik auf alle Zeit von der Lieferung angereicherten Kernbrennstoffs aus dem Ausland abhängig sein würde, sage ich, wahrscheinlich nicht. Die Wissenschaft hat nämlich in den letzten Jahren einen neuen Reaktortyp entwickelt, den sogenannten "Schnellen Brüter". In diesem Reaktor entsteht aus natürlichem Uran ein neuer, künstlicher, aber nicht minder wertvoller Brennstoff, das Plutonium. Die "Schnellen Brüter" erzeugen bei diesem Vorgang mehr Plutonium als sie benötigen, um ihre eigentliche Reaktorarbeit zu leisten. Man nennt sie deshalb scherzhaft die "Goldesel der Energiewirtschaft". Fachleute haben errechnet, daß es mit Hilfe der "Schnellen Brüter" möglich sein wird, elektrischen Strom für 1,4 - 1,5 Pf/KWh zu erzeugen. Das Interesse für "Schnelle Brüter" auf dem Weltmarkt ist groß. Die Industrie der EURATOM, besonders der Bundesrepublik, stellt auf diesem Gebiete eine ernste Konkurrenz für amerikanische und andere Kernreaktorentwicklungen dar.

Der Vorteil der "Schnellen Brüter" besteht also darin, daß nicht angereichertes Natururan benutzt werden kann, wodurch sich die Vorräte der Welt an Kernbrennstoffen um das dreißigfache steigern lassen. Der Nachteil der "Schnellen Brüter" kann darin gesehen werden, daß Plutonium sich auch für die Herstellung von Atom Sprengsätzen eignet. Enthielt zum Beispiel die Hiroshima-Bombe Uran 235, so enthielt die Nagasaki-Bombe Plutonium 239.

In jedem Atomreaktor entsteht bei der Verbrennung von Uran 238 in geringen Mengen Plutonium 239, zugleich allerdings auch die Plutonium Isotope (Abarten) PU 240 und PU 241, die als Sprengstoffe nicht verwendbar sind.

Die im Reaktor "abgebrannten" Brennelemente enthalten ein Gemisch verschiedener hochradioaktiver Stoffe. Um daraus wieder verwendbares Plutonium zu gewinnen, benötigt man Wiederaufarbeitungsanlagen. Eine erste Wiederaufarbeitungsanlage wird zur Zeit in Karlsruhe errichtet. Wenn sich einmal die "Schnellen Brüter" in Großkraftwerken durchsetzen sollten, wird es - um eine Wirtschaftlichkeit des Brennstoffes zu erreichen - notwendig sein, viele solcher Wiederaufarbeitungsanlagen zu errichten.

Rein theoretisch wäre es tatsächlich möglich, in solchen Wiederaufarbeitungsanlagen Bomben-Plutonium herzustellen. Für eine Atomgranate benötigt man zum Beispiel 10 Kilogramm reines Plutonium 239. Um zu verhindern, daß in Wiederaufarbeitungsanlagen Mißbrauch mit dem Brennstoff getrieben wird, nimmt die EURATOM innerhalb ihrer sechs Mitgliedsländer strenge und lückenlose Kontrollen vor. Über jedes Gramm spaltbaren Materials

wird genau Buch geführt. Es bereitet auch keine Schwierigkeiten, festzustellen, wieviel Plutonium aus Natururan "erbrütet" wird und dann zu kontrollieren, was mit diesem Plutonium geschieht. Darüber hinaus verlangen die Lieferländer von spaltbarem Material, daß in den Pacht- und Lieferverträgen lückenlose Kontrollmaßnahmen verankert werden. Abgesehen davon lassen sich Wiederaufarbeitungsanlagen nicht ohne weiteres geheimhalten.

Die leidige Kontrollfrage

Ich bin der Auffassung, daß eine strenge Kontrolle über den Bezug und die Verwendung von spaltbarem Material sichergestellt sein muß. Eine unzumutbare Sache wäre es jedoch, wenn die militärischen Atomkräfte selber keiner Kontrolle unterworfen wären, sich aber anmaßen würden, die zivilen Atomkräfte zu kontrollieren. Am vernünftigsten wäre eine Kontrolle, die alle Atomkräfte - militärische wie zivile - umfaßt. Wenn das nicht zu erreichen ist, sollte man vereinbaren, daß nur diejenigen Länder an der Kontrolle beteiligt sein dürfen, die sich selbst der Kontrolle unterziehen. Außerdem sollte die Bestimmung, die jetzt schon von der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien gehandhabt wird, auch auf alle Vertragspartner ausgedehnt werden, nämlich das Recht jedes kontrollierten Staates, einen ihm nicht genehmen Kontrolleur zurückzuweisen und die Entsendung eines anderen zu verlangen.

Am einfachsten wäre es natürlich, wenn die EURATOM-Kontrolle als Teil der IAEA-Kontrolle anerkannt würde. Ich fürchte allerdings, daß einige militärische Atomkräfte damit nicht einverstanden sein werden, weil sie befürchten, daß daraus eine "Selbstkontrolle" wird, die auch noch auf andere Mächtegruppen in Afrika oder Asien ansteckend wirken könnte.

Soll an der Kontrollfrage die Unterzeichnung des Atomsperrvertrages scheitern?

Nach meiner Ansicht ist das Grundanliegen, nämlich den Frieden zu sichern, ist vorrangig. Über die strittigen Fragen der Kontrolle wird man sich hoffentlich einigen, zumal die Sowjets von vornherein gar keinen Wert auf den Kontrollparagrafen gelegt haben. Es waren ja die Vereinigten Staaten, die auf der Kontrolle bestanden. Zur Zeit wird in Genf darüber verhandelt. Hoffen wir, daß eine Einigung zustandekommt, die es auch der Bundesrepublik ermöglicht, guten Gewissens diesen Vertrag zu unterschreiben.

Studium für alle

Studienförderung in der Schweiz

H.M. - Eine kräftige Bresche hat, nach dem Kommentar des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, ein Gesetz in das herrschende Bildungsmonopol geschlagen. Es wurde im vergangenen Jahr angenommen und muß sich im laufenden Schuljahr bewähren. Es hatten bei der Abstimmung in Genf fast 16 000 Stimmberechtigte gegenüber etwa 13 000 Nein-Sagern sich für eine "Demokratisierung der Mittelschule und Universität" im bisher gültigen kantonalen Erziehungsgesetz ausgesprochen. Den Ausschlag für eine derartige Reform des Ausbildungswesens gab die wiederholte Feststellung, daß das Studium vordergründig immer noch eine "Trage des Geldes" ist. So ergab auch eine Erhebung der Stadt Zürich, daß an den Zürcher Hochschulen im Wintersemester 1964/65 nur 3,8 Prozent aller Studierenden aus Arbeiterfamilien stammten. An anderen Schweizerischen Hochschulen lagen die Verhältnisse ähnlich.

Bisher haben verschiedene Stipendienregelungen auf regionaler Basis sowie das Eidgenössische Stipendiengesetz auch einkommensschwachen Schulabsolventen den Fortgang ihrer Studien erleichtern können. Doch die Genfer Regelung übertrifft die soziale Wirkung aller bisher praktizierten Systeme und Behelfe. Es gelten hier zwei grundlegende Neuerungen: Die Studiengebühren an der höheren Mittelschule und an der Universität Genf fallen künftig weg. Die Besucher der Genfer Mittelschulen und die Studenten der Universität erhalten monatliche finanzielle Beiträge, die - sofern die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind - ohne besonderen Antrag ausgezahlt werden. Die Schulgeldfreiheit kommt allen Genfer Bürgern sowie den Schülern und Studenten zugute, die in einem anderen Kanton heimatberechtigt sind, deren Eltern aber in Genf wohnen. Gleiche Vergünstigungen genießen im übrigen auch die Kinder von eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Beamten und Funktionären der öffentlich-rechtlichen Körperschaften.

Die laufend gezahlten Studienbeiträge liegen zwischen 125 und 300 SFrs monatlich. Im Gesetz ist eine Altersgrenze für die Anspruchsberechtigung nicht vorgesehen, wohl aber eine Begrenzung des Elterneinkommens, die aber recht hoch angesetzt worden ist: Bei einem Berechtigten mit beiden noch lebenden Eltern beträgt die obere Förderungsgrenze des Familieneinkommens 13 800 SFrs.

Auch Personen, die sich erst in fortgeschrittenem Alter zum Studium entschließen können oder wollen, erhalten die Unterstützungsbeiträge in vollem Umfange. Damit ist aber kein Freibrief für "ewige Studenten" erteilt. Die geförderten Personen haben ihre Studien "in normaler Weise" zu absolvieren.

Spaniens Opposition - ein "verlorener Haufen"?

Von unserem HD-I-Korrespondenten in Madrid

Spaniens Opposition scheint ein "verlorener Haufen" zu sein - so bietet sich wenigstens das politische Panorama in einem Lande, das einerseits nach Europa will, andererseits den Weg dazu nicht findet. Wegen interner Differenzen innerhalb der von Sozialisten, Monarchisten und Christdemokraten gebildeten "Spanischen Vereinigung für Europäische Zusammenarbeit" trat deren Vorsitzender zurück - der ehemalige christdemokratische Regierungschef während der Zweiten Republik, Dr. José Maria Gil-Robles.

Andererseits sind Studenten und Arbeiter, deren oppositionelle Verbindung äußerst lose ist - wenn eine solche überhaupt besteht - entschlossener im Auftreten. In Madrid traten 1.000 Arbeiter in Streik, als im Zusammenhang mit den Zwischenfällen vom 27. Januar der Star der "Arbeiterkommissionen", der 48-jährige Marcelino Camacho-Abad auf Weisung des Gerichts für Öffentliche Ordnung verhaftet wurde. Ähnliches ist von den Studenten Valencias zu vermelden, die in jüngster Zeit durch Reibereien mit der grauuniformierten Bereitschaftspolizei von sich reden machen und diese schlankweg in Anlehnung an ein deutsches Vorbild als "griscapo" bezeichnen.

Kommt es doch in Spanien zu vereinzelten organisierten Widerstandsaktionen? Diese Frage ist wenigstens von der Falange-Agentur "Pyresa" vorsichtig angeschnitten worden, als sie von der baskischen Nationalisten-Geheimorganisation ETA behauptete sie begehe nach wie vor "verbrecherische Akte subversiven Charakters an bestimmten Punkten des Baskenlandes". Die ETA-Leute hatten auf sich aufmerksam gemacht, als sie bei Vitoria eine Fernseh-Relaisstation unbrauchbar machten. Die Sabotage fiel besonders deswegen auf, weil sie zu einem Zeitpunkt erfolgte, als ganz Spanien am Fernsehapparat versammelt war, um das Europa-Cup-Ausscheidungsspiel zwischen Real Madrid und Inter Mailand zu sehen.

Trotz dieser vereinzelten Akte ist Spaniens Opposition noch machtlos. Sie "liefert" Schlagzeilen, aber sie ist in sich zerrissen und bewegt sich im Kreise. Im Augenblick stehen ihre Chancen sehr schlecht; die Staatssicherheits-Organe haben ihre Wachsamkeit fühlbar verstärkt, die Strafen gegen Oppositionelle werden zunehmend härter. Allerdings gibt es in Spanien eine "Gedankenschule", die behauptet, die bisherige Liberalisierung habe "mehr als bisher das Augenmerk auf die außerparlamentarische Opposition gelenkt" und ihr "mehr Publizität als bisher" verliehen. Deswegen würde sie "aus den Löchern hervorkriechen" und naturgemäß eine schärfere Abwehr heraufbeschwören.